

SERVICE PUBLIC FEDERAL INTERIEUR

[C - 2017/13784]

11 SEPTEMBRE 2017. — Arrêté ministériel modifiant l'arrêté ministériel du 15 mars 2013 fixant le tarif des rétributions à charge des communes pour la délivrance des cartes d'identité électroniques, des documents d'identité électroniques pour enfants belges de moins de douze ans et des cartes et documents de séjour délivrés à des ressortissants étrangers. — Traduction allemande

Le texte qui suit constitue la traduction en langue allemande de l'arrêté ministériel du 11 septembre 2017 modifiant l'arrêté ministériel du 15 mars 2013 fixant le tarif des rétributions à charge des communes pour la délivrance des cartes d'identité électroniques, des documents d'identité électroniques pour enfants belges de moins de douze ans et des cartes et documents de séjour délivrés à des ressortissants étrangers (*Moniteur belge* du 29 septembre 2017).

Cette traduction a été établie par le Service central de traduction allemande à Malmedy.

FEDERALE OVERHEIDSDIENST BINNENLANDSE ZAKEN

[C - 2017/13784]

11 SEPTEMBER 2017. — Ministerieel besluit tot wijziging van het ministerieel besluit van 15 maart 2013 tot vaststelling van het tarief van de vergoedingen ten laste van de gemeenten voor de uitreiking van de elektronische identiteitskaarten, de elektronische identiteitsdocumenten voor Belgische kinderen onder de twaalf jaar en de kaarten en verblijfsdocumenten, afgeleverd aan vreemde onderdanen. — Duitse vertaling

De hierna volgende tekst is de Duitse vertaling van het ministerieel besluit van 11 september 2017 tot wijziging van het ministerieel besluit van 15 maart 2013 tot vaststelling van het tarief van de vergoedingen ten laste van de gemeenten voor de uitreiking van de elektronische identiteitskaarten, de elektronische identiteitsdocumenten voor Belgische kinderen onder de twaalf jaar en de kaarten en verblijfsdocumenten, afgeleverd aan vreemde onderdanen (*Belgisch Staatsblad* van 29 september 2017).

Deze vertaling is opgemaakt door de Centrale dienst voor Duitse vertaling in Malmedy.

FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST INNERES

[C - 2017/13784]

11. SEPTEMBER 2017 — Ministerieller Erlass zur Abänderung des Ministeriellen Erlasses vom 15. März 2013 zur Festlegung des Tarifs der Vergütungen zu Lasten der Gemeinden für die Ausstellung von elektronischen Personalausweisen, elektronischen Identitätsdokumenten für belgische Kinder unter zwölf Jahren und Karten und Aufenthaltsdokumenten für ausländische Staatsangehörige — Deutsche Übersetzung

Der folgende Text ist die deutsche Übersetzung des Ministeriellen Erlasses vom 11. September 2017 zur Abänderung des Ministeriellen Erlasses vom 15. März 2013 zur Festlegung des Tarifs der Vergütungen zu Lasten der Gemeinden für die Ausstellung von elektronischen Personalausweisen, elektronischen Identitätsdokumenten für belgische Kinder unter zwölf Jahren und Karten und Aufenthaltsdokumenten für ausländische Staatsangehörige.

Diese Übersetzung ist von der Zentralen Dienststelle für Deutsche Übersetzungen in Malmedy erstellt worden.

FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST INNERES

11. SEPTEMBER 2017 — Ministerieller Erlass zur Abänderung des Ministeriellen Erlasses vom 15. März 2013 zur Festlegung des Tarifs der Vergütungen zu Lasten der Gemeinden für die Ausstellung von elektronischen Personalausweisen, elektronischen Identitätsdokumenten für belgische Kinder unter zwölf Jahren und Karten und Aufenthaltsdokumenten für ausländische Staatsangehörige

Der Minister der Sicherheit und des Innern,

Aufgrund des Gesetzes vom 19. Juli 1991 über die Bevölkerungsregister, die Personalausweise, die Ausländerkarten und die Aufenthaltsdokumente und zur Abänderung des Gesetzes vom 8. August 1983 zur Organisation eines Nationalregisters der natürlichen Personen, des Artikels 6 § 8;

Aufgrund des Ministeriellen Erlasses vom 15. März 2013 zur Festlegung des Tarifs der Vergütungen zu Lasten der Gemeinden für die Ausstellung von elektronischen Personalausweisen, elektronischen Identitätsdokumenten für belgische Kinder unter zwölf Jahren und Karten und Aufenthaltsdokumenten für ausländische Staatsangehörige;

In der Erwägung, dass der Ministerielle Erlass vom 15. März 2013 zur Festlegung des Tarifs der Vergütungen zu Lasten der Gemeinden für die Ausstellung von elektronischen Personalausweisen, elektronischen Identitätsdokumenten für belgische Kinder unter zwölf Jahren und Karten und Aufenthaltsdokumenten für ausländische Staatsangehörige aktualisiert werden muss, insbesondere in Bezug auf die in Betracht kommenden Dokumente und ihre neuen Ausstellungsverfahren im Dringlichkeitsfall,

Erlässt:

Artikel 1 - Die Überschrift des Ministeriellen Erlasses vom 15. März 2013 zur Festlegung des Tarifs der Vergütungen zu Lasten der Gemeinden für die Ausstellung von elektronischen Personalausweisen, elektronischen Identitätsdokumenten für belgische Kinder unter zwölf Jahren und Karten und Aufenthaltsdokumenten für ausländische Staatsangehörige, abgeändert durch den Ministeriellen Erlass vom 27. März 2013, wird wie folgt ersetzt:

„Ministerieller Erlass vom 15. März 2013 zur Festlegung des Tarifs der Vergütungen zu Lasten der Gemeinden für die Ausstellung von elektronischen Personalausweisen für Belgier, elektronischen Identitätsdokumenten für belgische Kinder unter zwölf Jahren, elektronischen Karten und elektronischen Aufenthaltsdokumenten für ausländische Staatsangehörige und biometrischen Karten und biometrischen Aufenthaltsscheinen für Drittstaatsangehörige“.

Art. 2 - Artikel 1 wird wie folgt ersetzt:

„Artikel 1 - Die Anwendung des vorliegenden Erlasses und seiner Anlage betrifft:

1. elektronische Personalausweise für Belgier,

2. elektronische Personalausweise für Belgier im Ausland,
3. folgende biometrische Karten und biometrische Aufenthaltsscheine für Drittstaatsangehörige:
 - a) Karte A: Bescheinigung über die Eintragung im Fremdenregister - zeitweiliger Aufenthalt - für Ausländer, die keine Staatsangehörigen eines der Mitgliedstaaten der Europäischen Union sind,
 - b) Karte B: Bescheinigung über die Eintragung im Fremdenregister - unbegrenzte Dauer - für Ausländer, die keine Staatsangehörigen eines der Mitgliedstaaten der Europäischen Union sind,
 - c) Karte C: Personalausweis für Ausländer, die keine Staatsangehörigen eines der Mitgliedstaaten der Europäischen Union sind,
 - d) Karte D: Daueraufenthalt EG für Ausländer, die keine Staatsangehörigen eines der Mitgliedstaaten der Europäischen Union sind,
 - e) Karte H: Blaue Karte EU - Aufenthaltserlaubnis für hochqualifizierte Arbeitnehmer, die keine Staatsangehörigen eines der Mitgliedstaaten der Europäischen Union sind,
4. elektronische Karten und elektronische Aufenthaltsdokumente für folgende Ausländer:
 - a) Karte E: Bescheinigung über die Anmeldung in den Bevölkerungsregistern oder im Fremdenregister für Staatsangehörige eines der Mitgliedstaaten der Europäischen Union,
 - b) Karte E+: Bescheinigung des Daueraufenthalts für Staatsangehörige eines der Mitgliedstaaten der Europäischen Union,
 - c) Karte F: Aufenthaltskarte für Ausländer, die keine Staatsangehörigen eines der Mitgliedstaaten der Europäischen Union, wohl aber Familienangehörige eines Bürgers eines der Mitgliedstaaten der Europäischen Union sind,
 - d) Karte F+: Daueraufenthaltskarte für Ausländer, die keine Staatsangehörigen eines der Mitgliedstaaten der Europäischen Union, wohl aber Familienangehörige eines Bürgers eines der Mitgliedstaaten der Europäischen Union sind,
5. elektronische Identitätsdokumente für belgische Kinder unter zwölf Jahren.“

Art. 3 - Die Anlage zum Ministeriellen Erlass vom 15. März 2013 zur Festlegung des Tarifs der Vergütungen zu Lasten der Gemeinden für die Ausstellung von elektronischen Personalausweisen, elektronischen Identitätsdokumenten für belgische Kinder unter zwölf Jahren und Karten und Aufenthaltsdokumenten für ausländische Staatsangehörige, ersetzt durch den Ministeriellen Erlass vom 27. März 2013, wird durch folgende Anlage ersetzt:

„Anlage zum Ministeriellen Erlass vom 15. März 2013 zur Festlegung des Tarifs der Vergütungen zu Lasten der Gemeinden für die Ausstellung von elektronischen Personalausweisen für Belgier, elektronischen Identitätsdokumenten für belgische Kinder unter zwölf Jahren, elektronischen Karten und elektronischen Aufenthaltsdokumenten für ausländische Staatsangehörige und biometrischen Karten und biometrischen Aufenthaltsscheinen für Drittstaatsangehörige.

Der Betrag der Vergütungen zu Lasten der Gemeinden für die Ausstellung von elektronischen Personalausweisen für Belgier, elektronischen Karten oder elektronischen Aufenthaltsdokumenten für Ausländer, elektronischen Identitätsdokumenten für belgische Kinder unter zwölf Jahren oder biometrischen Karten und biometrischen Aufenthaltsscheinen für Drittstaatsangehörige ist ab dem 1. Januar 2018 wie folgt festgelegt:

	TARIFE	Alter Tarif im Sinne von Artikel 2 § 1 Absatz 1	Tarife ab 1. Januar 2018
A	Normale Verfahren		
	In Artikel 1 Absatz 1 Nr. 1 und 2 erwähnte elektronische Personalausweise für Belgier	15 EUR	16 EUR
	In Artikel 1 Absatz 1 Nr. 4 erwähnte elektronische Karten und elektronische Aufenthaltsdokumente für Ausländer	15 EUR	16 EUR
	In Artikel 1 Absatz 1 Nr. 5 erwähnte elektronische Identitätsdokument für belgische Kinder unter zwölf Jahren	6 EUR	6,40 EUR
	In Artikel 1 Absatz 1 Nr. 3 erwähnte biometrische Karten und biometrische Aufenthaltsscheine für Drittstaatsangehörige	18 EUR	19,20 EUR
B	Dringlichkeitsverfahren mit Lieferung bei der Gemeinde		
	In Artikel 1 Absatz 1 Nr. 1, 2 und 4 erwähnte elektronische Personalausweise für Belgier und elektronische Karten und elektronische Aufenthaltsdokumente für ausländische Staatsangehörige		
	Option 1 - Dringlichkeitsverfahren (T+2)	79 EUR	84 EUR
	Option 2 - Verfahren der äußersten Dringlichkeit (T+1)	120 EUR	127,60 EUR
	In Artikel 1 Absatz 1 Nr. 5 erwähnte elektronische Identitätsdokumente für belgische Kinder unter zwölf Jahren		
	Option 1 - Dringlichkeitsverfahren (T+2)	79 EUR	84 EUR
	Option 2 - Verfahren der äußersten Dringlichkeit (T+1)	120 EUR	127,60 EUR
C	Dringlichkeitsverfahren mit zentralisierter Lieferung bei der Generaldirektion Institutionen und Bevölkerung des FÖD Inneres - Brüssel		

	TARIFE	Alter Tarif im Sinne von Artikel 2 § 1 Absatz 1	Tarife ab 1. Januar 2018
	In Artikel 1 Absatz 1 Nr. 1, 2 und 5 erwähnte Personalausweise für Belgier und Identitätsdokumente für belgische Kinder unter zwölf Jahren		
	Option 3 - Verfahren der äußersten Dringlichkeit mit zentralisierter Lieferung (T+1)	90 EUR	95,70 EUR
D	Ermäßigter Tarif ab dem zweiten elektronischen Identitätsdokument für belgische Kinder unter zwölf Jahren, das gleichzeitig für Kinder eines selben Haushalts beantragt wird, die unter einer selben Adresse eingetragen sind. Dieser ermäßigte Tarif gilt sowohl für dringende als auch für äußerst dringende Anträge.	52,30 EUR	55,60 EUR"

Art. 4 - Vorliegender Erlass tritt am 1. Januar 2018 in Kraft.

Brüssel, den 11. September 2017

Der Minister der Sicherheit und des Innern
J. JAMBON

SERVICE PUBLIC FEDERAL INTERIEUR

[C - 2017/13483]

5 OCTOBRE 2017. — Arrêté ministériel rendant applicable au personnel désigné en renfort à la mission de la "Democratic Control of Armed Forces (DCAF)" en TUNISIE, l'arrêté royal du 11 juillet 2002 fixant les conditions d'octroi d'une indemnité forfaitaire aux membres du personnel des services de police qui participent à des opérations à caractère humanitaire ou de police patronnées par un ou des organisme(s) international(aux) ainsi qu'à certaines opérations pour les besoins des forces armées

Le Ministre de l'Intérieur,

Vu l'arrêté royal du 11 juillet 2002 fixant les conditions d'octroi d'une indemnité forfaitaire aux membres du personnel des services de police qui participent à des opérations à caractère humanitaire ou de police patronnées par un ou des organisme(s) international(aux) ainsi qu'à certaines opérations pour les besoins des forces armées, l'article 3, alinéa 1^{er};

Vu la décision du Conseil des Ministres du 27 novembre 2015 dans le cadre de la mission de la "Democratic Control of Armed Forces (DCAF)" en Tunisie;

Vu l'avis de l'Inspecteur général des Finances, donné le 3 février 2017;

Vu l'accord du Ministre du Budget, donné le 19 septembre 2017,

Arrête :

Article 1^{er}. Les dispositions du chapitre Ier de l'arrêté royal du 11 juillet 2002 fixant les conditions d'octroi d'une indemnité forfaitaire aux membres du personnel des services de police qui participent à des opérations à caractère humanitaire ou de police patronnées par un ou des organisme(s) international(aux) ainsi qu'à certaines opérations pour les besoins des Forces Armées, sont applicables au personnel désigné en renfort à la mission de la "Democratic Control of Armed Forces (DCAF)" en Tunisie.

Art. 2. Le présent arrêté produit ses effets le 1^{er} décembre 2015.

Bruxelles, le 5 octobre 2017.

J. JAMBON

FEDERALE OVERHEIDSDIENST BINNENLANDSE ZAKEN

[C - 2017/13483]

5 OKTOBER 2017. — Ministerieel besluit dat het koninklijk besluit van 11 juli 2002 houdende vaststelling van de toekenningsvoorwaarden van een forfaitaire vergoeding toegekend aan de personeelsleden van de politiediensten die deelnemen aan humanitaire of politieoperaties onder het gezag van één of meerdere internationale instellingen alsook aan bepaalde operaties ten behoeve van de strijdkrachten, toepasselijk maakt op het personeel dat aangewezen is ter versterking van de missie van de "Democratic Control of Armed Forces (DCAF)" in TUNESIE

De Minister van Binnenlandse Zaken,

Gelet op het koninklijk besluit van 11 juli 2002 houdende vaststelling van de toekenningsvoorwaarden van een forfaitaire vergoeding toegekend aan de personeelsleden die deelnemen aan humanitaire of politieoperaties onder het gezag van één of meerdere internationale instellingen alsook aan bepaalde operaties ten behoeve van de strijdkrachten, artikel 3, eerste lid;

Gelet op de beslissing van de Ministerraad van 27 november 2015 in het raam van de missie van de "Democratic Control of Armed Forces (DCAF)" in Tunesië;

Gelet op het advies van de Inspecteur-generaal van Financiën, gegeven op 3 februari 2017;

Gelet op de akkoordbevinding van de Minister van Begroting, d.d. 19 september 2017,

Besluit :

Artikel 1. De bepalingen van hoofdstuk I van het koninklijk besluit van 11 juli 2002 houdende vaststelling van de toekenningsvoorwaarden van een forfaitaire vergoeding toegekend aan de personeelsleden van de politiediensten die deelnemen aan humanitaire of politieoperaties onder het gezag van één of meerdere internationale instellingen alsook aan bepaalde operaties ten behoeve van de strijdkrachten, zijn van toepassing op het personeel dat aangewezen is ter versterking van de missie van de "Democratic Control of Armed Forces (DCAF)" in Tunesië.

Art. 2. Dit besluit heeft uitwerking met ingang van 1 december 2015.

Brussel, 5 oktober 2017.

J. JAMBON